

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 14.

Sonntag, 3. Februar.

1878.

„Wo Passalle Recht und wo er Unrecht hat.“

Unter dieser Ueberschrift geht der „Magdeburger Zeitung“ folgender Artikel zu:

„Seit vielen, vielen Jahren schon treibe ich Statistik, und zwar mit Eifer und Ausdauer, aber einen Punkt habe ich immer noch nicht lernen können, und da dieser Punkt eben nochmals in der „Zukunft“ (7. Heft) den Lesern vorgetragen wird, so muß ich doch einmal meinen Zweifel einem größeren Leserkreis vorlegen. Bekanntlich zeigen alle Einkommensteuer-Tabellen — ich habe deren eine ziemliche Anzahl aus vieler Herren Länder und selbst aus Republiken gesammelt — daß die Mindestvermögen am zahlreichsten sind, daß die Zahl der großen Vermögen sehr klein ist und daß zwischen den Extremen die Zahl der Besitzer immer kleiner wird, je größer der betreffende Betrag ist. Daher spricht man von der „Vermögenspyramide“; sie ruht unten auf der breiten Basis der Wenigbesitzenden und erhebt sich oben in der Spitze der Millionäre. Hierin hat Passalle Recht. Mehrere Statistiker, vom alten Dieterici an, auch neuere und neueste mit inbegriffen, bekämpfen die von Passalle herausgerechneten Prozente, aber diese Verichtigung der Höhe der Prozente berührt die Folgerungen nicht, die Passalle aus seinen Zahlen gezogen hat. Aber eben in seinen Folgerungen hat Passalle Unrecht, und zwar auf's Handgreiflichste, und zu verwundern ist, daß man es nicht schon wieder und wieder hervorgehoben hat. Untersuchen wir die Sache an den von der „Zukunft“ angeführten neuen Zahlen. Diese Zeitschrift theilt die Bevölkerung Preußens in vier Klassen:

- 1. Klasse mit einem Einkommen von unter 420 M.,
- 2. „ „ „ „ 420 bis 1500 „
- 3. „ „ „ „ 1500 „ 3000 „
- 3. „ „ „ „ über 3000 „

Die Personenzahl und das Einkommen betragen:

- 1. Kl. = 6,425,533 Pers. mit 1,200,000,000 M. Gesamteink.
- 2. „ = 16,968,563 „ 3,754,000,000 „
- 3. „ = 1,355,868 „ 821,000,000 „
- 4. „ = 596,313 „ 1,208,000,000 „

Juli 25,346,277 Pers. mit 6,981,000,000 M. Gesamteink.

Daraus folgt, und darin stimme ich mit der „Zukunft“ überein, daß das durchschnittliche Einkommen auf den Kopf 275 M. beträgt. Also, wenn es möglich wäre, in Preußen sämtliche Einkommen zusammenzuschlagen und sozialistisch zu vertheilen, so bekäme Jeder 275 M., sage zweihundertfünfundsechzig Mark. Dies steht auf der Seite 188; auf der Seite 189 aber lesen wir: „Nun frage man aber einmal in den sozialistisch gesinnten Arbeiterkreisen umher, wie viele denn nicht ein Einkommen von über 1500 M. haben, rechne alle besser situierten Sozialisten dazu, und man wird zu demselben Resultat kommen, welches seiner Zeit Passalle den Arbeitern verrieth, daß nämlich nur eine Hand voll Menschen ein materielles Interesse an der Aufrechterhaltung der bestehenden Zustände hat und haben kann... b. 92.2 Prozent sind in Roth und nur 7.8 Prozent nicht in bedrückender Roth.“ Die Zahl 1500 M. bezieht sich auf das Einkommen einer Familie. Nun giebt aber die „Zukunft“ S. 187 eine Zusammenstellung, aus der hervorgeht, daß es in Preußen 992,000 + 4,563,000, zusammen also 5,555,000 verdienende Personen giebt; auf eine verdienende Person kommen also etwas mehr als 3/4 nicht verdienende Personen; die ganze Familie beträgt also 4 1/4 Personen. Nimmt man 4 1/4 x 275, so kämen bei einer gleichen Vertheilung aller Einkünfte nur 1230 M. auf eine Familie. Haben die vom Schicksal mit 1500 M. bedrückten Arbeiter ein Interesse daran, 1238 M. zu erhalten? Ich kann nur Nein sagen; wie kann aber Passalle, wie kann die „Zukunft“ mit Ja antworten? Das ist's, was ich nicht verstehe. Die „Zukunft“ wird behaupten, daß, wenn in der bezweckten sozialistischen Einrichtung der allmächtige Trieb, der den häßlichen Namen Eigennutz führt, weggenommen wird, wenn Jeder, statt für sich zu arbeiten, sein Verdienst in die Staatskasse abzuführen hat, viel mehr produziert werden wird; aber eine solche Behauptung zu widerlegen, scheint mir unnötig. Nachdem ich alle bekannten sozialistischen Statistiken gehörig studirt habe, kann ich nur mit Franklin wiederholen — und sollte ich dafür gesteinigt werden — daß Intelligenz, Fleiß und Sparsamkeit noch immer bessere Mittel sind, zu etwas zu kommen, als alle sozialistischen Rezepte.“

So weit der Artikel. „Das ist's, was ich nicht verstehe“ — das glauben auch wir. Der Herr Verfasser versteht aber sehr Vieles nicht; trotzdem er mit Eifer und Ausdauer seit vielen, vielen Jahren Statistik treibt, weiß er nicht einmal, daß Passalle seine Zahlen vorzugsweise aus dem alten Dieterici geschöpft hat. Der Herr sagt nämlich, der alte Dieterici habe die von Passalle herausgerechneten „Prozente“ bekämpft. Diese Prozentziffer hat bekanntlich Passalle in den Jahren 1862, 63 und 64 herausgerechnet, Dieterici aber ist am 29. Juli 1859 gestorben. Sie alter — Statistiker, Sie! Und Ihr ganzes Nichtverstehen gipfelt sich auf ein Mißverständnis — das Wörterchen „nicht“ macht Ihnen Pein. Die „Zukunft“ hätte die Frage positiv stellen sollen, dann war sie allerdings verständlicher: wie viele denn ein Einkommen von über 1500 Mark haben? das Resultat: allgemeines Stillstagniren in sozialistischen Arbeiterkreisen — das fernere Resultat: ein Jahreseinkommen von 1238 Mark wäre auch den gegenwärtig nicht am schlechtesten situierten Arbeitern noch ein sehr erwünschtes Ziel. Und somit stimmt es, Sie alter Statistiker: 92.2 Prozent der Bevölkerung in Roth, Elend und Unbildung. Was doch alles ein einziges Wörterchen, vielleicht nicht ganz präzis angewandt, bei einem „alten Statistiker“ für Unheil anrichten kann? Uebrigens im Vertrauen noch ein Wort. Das Steinigen ist aus der Mode gekommen, es wird nur noch quillotiniert;

bedenken Sie das, ehe Sie den Teufel an die Wand malen — ein glänzendes Fallbeil, hui! schießt's hernieder, der Kopf rollt in den Sad — Sie sind dann völlig kopflos, Sie armer Statistiker, Sie!

Die Entstehung der ethischen Begriffe.*)

II.

Die ersten Anfänge ethischen Verhaltens bringt der Mensch aus dem Thierreiche mit. Und zwar ist der ursprüngliche aller ethischen Triebe der der Selbsterhaltung des Einzelwesens und — damit verbunden — der der Erhaltung seiner Art. Im Kampfe um das Dasein gingen wahrscheinlich alle Einzelwesen und deren Art zu Grunde, welche sich gegenüber ihren Feinden und ihrer gesammten Umgebung nicht genügende Organe ausbilden konnten, um sich zu erhalten, immer besser anzupassen und leichter fortzupflanzen. Den Selbsterhaltungstrieb hat schon die unorganische Welt bei jedem Einzelwesen aufzuweisen — nur daß wir hier noch nicht von einem „Trieb“ sprechen, überhaupt hierfür keinen streng bezeichnenden Ausdruck haben; den Art-erhaltungstrieb theilt das Thier mit der Pflanze, bei welcher der Ausdruck schon eher anwendbar ist.

Ist es nicht merkwürdig, daß wir auf dem höchsten bis jetzt erreichten sittlichen Standpunkte noch immer nicht müde werden können, die Freiheitsliebe zu bewundern, welche dem wahren Manne lehrt, sich tapfer gegen jede Gefahr zu vertheidigen, die seinem Dasein, seiner selbstgewollten Bestimmung und Bethätigung droht, den Fleiß und die Vorsicht zu preisen, welche seine eigenthümliche Entwicklung durch Arbeit und Sorge sichern und den Selbstmord zu verdammen, weil er der Pflicht der Selbsterhaltung widerspricht? — Und doch sind die Tugenden der Freiheitsliebe, des Fleißes, der Vorsicht, der Selbsterhaltung ganz natürliche Erzeugnisse, wie Stillung des Hungers, Durstes, und Schlafbedürfnisses. Daß sie unter Umständen beim Menschen viel Verdienstliches haben können, ist nicht zu leugnen; allein doch wohl nur deswegen, weil er unter Umständen dabei mächtigere Hindernisse zu überwinden hat und höhere Beweggründe aufweisen mag, wie wir sie bei Thier und Pflanze nicht beobachten? — Ist es nicht merkwürdig, daß wir nicht genug die Mutterliebe preisen können und die Tugenden der Selbstverläugnung, Geduld und des weiblichen Heldenthums beim Schutze der Nachkommenschaft, was Alles wir beim Thiere nicht Tugenden nennen? — Es ist sicher, daß diese Tugenden dem Thiere weniger Anstrengung zu kosten pflegen, weniger mit Schmerzen, Entbehrungen und Seelenleiden verbunden erscheinen und weniger lange andauern, als bei der menschlichen Mutter — allein ist nicht auch das Maß der dazu erforderlichen Kräfte im Verhältnisse vorhanden? — Wir müssen diesen Vergleich des Menschen mit dem Thiere schon hier beim Anfange unserer Untersuchung anstellen, um von vornherein dem menschlichen Hochmuth, der nichts mit dem Thiere gemein haben möchte, einen Dämpfer aufzusetzen. Allein der Art-erhaltungstrieb des Thieres offenbart noch andere Jüge.

Hierher gehört der Geselligkeitstrieb, welchen alle Arten, die Räuber mehrtheils ausgenommen, zeigen. Er dient nebenbei allerdings dem Spielbedürfnisse, allein doch überwiegend dem der Erhaltung der Art. Das wilde Fuch, Klauen- und Hornvieh, die geschwänzten Affen, die Nagethiere und andere Säugethiere schützen gemeinschaftlich ihre Nachkommenschaft durch gemeinsames Weiden, Ausstellung von Wachen gegen die Feinde, Einschließung von Kreisen gegen deren Angriffe und Anjuchung der besten Weideplätze unter dem Vorwange der erfahreneren Genossen. Die Jungvögel und alle Wanderthiere schützen ihre junge Brut durch gegenseitige Unterstützung erdrunderer Art, wobei schon Theilung der Arbeit zu beobachten ist. Am weitesten wird die letztere bekanntlich von den Ameisen- und Bienenarten getrieben, welche gegen ihre Feinde am besten zusammenhalten, Hindernisse gemeinsam überwinden und bei der Sorge für die Nachkommen die auffallendste Selbstlosigkeit, Klugheit und Geduld beweisen. Das Merkwürdige bei den gesellig lebenden Thieren ist, daß diejenigen darunter, welche in der Einzelsehe leben (wie z. B. die Sing-, Kletter- und meisten Schwimmvögel, viele Fische etc.) keine Familien-Selbstsücht verrathen, sondern volle Gleichberechtigung der Geschlechtsmitglieder, wodurch sie ein menschliches Laster vermeiden. Ihr Aristokratismus tritt bloß bei der Gattenwahl hervor, dadurch aber wird eben die Erhaltung der Art desto besser gesichert, sowie die Entwicklung ihrer geistigen Vorzüge. Die dümmsten Thiere sind wohl ausnahmslos diejenigen, welche nicht in der Einzelsehe leben, oder bei denen nicht wenigstens das Männchen mit dem Weibchen die Sorge um die Erziehung der Jungen theilt.

So haben wir denn schon in der höheren Thierwelt die unentbehrlichsten menschlichen Familien Tugenden vorgebildet und zwar ohne die lasterhaften Rehrseiten. Wieviel davon die Ur-menschheit von der Thierwelt im Blute ererbt, und wieviele durch Nachahmung sich angewöhnt haben mag, müssen wir natürlich unentschieden lassen. Daß die Nachahmung der Thiere beim Urmenischen jedenfalls eine Rolle gespielt habe, geht daraus hervor, daß der Ursprung der Sprache und der der Kunsttriebe am ungezungensten sich aus Nachahmung der Vögel erklärt. Die ältesten bekannten Sprachlaute sind nachweislich ungemein einfach und roh gewesen und sehr lange gehalten, weil sich die Stimmswerkzeuge erst durch langsame Gewöhnung an den aufrechten Gang und vielfache Versuche der Nachahmung von Naturlauten monnigisch ausbilden konnten. Nur von den Vögeln mit einer größeren Zahl bedeutungsvoller Laute aber konnte der

Urmenisch lernen, mit jedem seiner Laute eine bestimmte Bedeutung zu verknüpfen, welche hinfort für alle seine Familienglieder verständlich, weil durch begleitende Gebärden erklärt und feststehend wurde. Und nur höchst langsam konnte sich, wie heute nachgewiesen, die menschliche Sprache insoweit so vervollkommen, daß sie das beste Mittel der geistigen Ausbildung wurde. Dagegen wurde der Kunsttrieb, welchen die Vögel beim Nestbau zeigen, wohl weit rascher vom Urmenischen nachgeahmt und zwar theils beim Bau von Wohnungen, theils beim Weben und Flechten von Kleidungsstücken und Schmuckstücken, nachdem durch das Ausräufen der Haare, welche an die verhaßte thierische Herkunft erinnerten, eine Bekleidung des Körpers notwendig geworden war.

Die einzige Erfindung des Urmenischen, welche er nicht der Nachahmung der Thiere verdankt, war die des Feueranzündens — zunächst durch Aneinanderreiben eines harten und weichen Stückes Holz. Sie muß, da wir sie bei allen rückständigen Völkern finden, und da wir fast keinen Fund uralter Menschenarbeit ohne die Begleitung von Holzkohlen finden, schon von den Urmenischen gemacht worden sein und wird nur unter Annahme eines begünstigenden Zufalles (wie bei manchen späteren überaus wichtigen Erfindungen und Entdeckungen) erklärlich. Es setzt dieselbe nur viel mühsige Zeit voraus, welche bei spielenden Versuchen mit allerhand Stoffen, an denen der erwachte Kunsttrieb sich bethätigt, hingebachtet wird. Aber einmal gelungen, mußte sie das Bewußtsein des Urmenischen mit einem Stolze erfüllen, einem Gefühle der Ueberlegenheit über alle Thiere, weil diese kein Feuer anzünden, und alle es fürchten, daß er nunmehr alle Erinnerungen an seinen thierischen Ursprung zu verwischen und mit dem Feuer immer neue Versuche zu machen suchte. So entstand die Tölperei, die erste Kochkunst, der erste Bootbau und — aber viel später — die erste Metallbereitung. So wuchs der Ruhm in Bekämpfung wilder Thiere, vor denen der Urmenisch bisher geflohen war, und die Erfindung von Waffen. Nichts aber in geeigneter, die menschliche Geistesleistung zu befördern, als die Versammlung um das heillobernde Feuer, der gemeinsame Schmaus um dasselbe, der gemeinsame Jabel und Tanz um diese große Errungenschaft.

Es ist also nicht zuviel gesagt, wenn man die Erfindung des Feueranzündens (welche hernachmals noch lange von allen alten Völkern religiös gefeiert worden ist) als den Ausgangspunkt betrachtet, von welchem aus die menschliche Nachahmung und Vererbung thierischer Ethik das eigentlich menschliche Gepräge annimmt. Es ist zunächst das Bewußtsein, daß man etwas Besseres als alle Thiere, etwas Neues im Naturgebiete und zur Herrschaft davor fähig und bestimmt ist, welches den Urmenischen zum ersten Denken ansetzt, zu unablässigen spielenden Versuchen, die Naturdinge zu seinen Nutzen zu verwenden, vor den übermächtigen Naturgewalten sich zu schützen, und durch Vereinerung der Sprache dies mit gemeinsamen Kräften leichter möglich zu machen. Hier also schon wurde der Unterschied des Menschen vom Thiere begründet, indem bei jenem der feste Fortschritts-trieb — zuerst als Gefühls- und Entdeckungstrieb — sich entwickelte, welcher nun nie mehr ganz stillstehen sollte, wo der Mensch nicht in die ungünstigen klimatischen und Bodenverhältnisse verdrängt wurde.

Wie Alles seine zwei oder mehr Seiten hat, so war dieser Fortschritts-trieb in der Hinsicht ein ethischer Rückschritt hinter das Thier, als er ohne Hochmuth, Unbuddsamkeit und Herrschafts-lust nicht denkbar ist. Und nicht nur gegen die nächsten Verwandten, die Menschenaffen, richtete sich die Vertilgungslust, sondern bei zunehmender Ueberdöpfung der Urjüde, gegen die Mitbewerber um die Nahrung, welche zwar vom eignen Stamme, aber weniger erwerblich waren, und in weniger einladende Gegenden vertrieben wurden. Fortan läßt durch die ganze Entwicklungs-geschichte der Menschheit der schonungslose Wettbewerb der Völkerschaften um die Daseinsbedingungen und der Trieb, gerade die nächstverwandten, fähigsten Mitbewerber um dieselben zu vertilgen.

So lange die Gegend des heißen Erdgürtels allein überdöft war, Auswanderung nach den anstößenden Erdstrichen also möglich blieb, wurde die letztere ein mächtiges Fortschritts-mittel. In den rauheren Erdstrichen, wohin die Auswanderer verdrängt wurden, konnten sie sich nur mittels neuer Erfindungen vor den Naturgewalten schützen. Diese Erfindungen bewirkten weitere Entwicklung der Sprache und Begriffe, der Kunsttriebe und Gesellschaftsformen — und die gelbe Rasse entstand aus der dunkleren. Der Verfasser hat dies in der „Neuen Welt“ 1877 Heft 1 etc. eingehender darzulegen gesucht. Das Hirtenleben beginnt mit seiner Zähmung der Thiere und später mit Vereinerung einzelner Nahrungspflanzen, welche zum Ackerbaueben und damit zu wachsender Theilung der Arbeit und neuen Entdeckungen, Erfindungen und einer ersten Civilisation führt. Den ansässigen, friedliebenden Ackerbauvölkern gegenüber werden nunmehr die wandernden Hirtenvölker zu Raubthieren und geben immer neuen Anstoß zum Fortschritt durch das Bedürfnisse der Rothwehr vor ihnen und die Zusammendrängung der Bedrohten auf engeren Raum. Der ethische Standpunkt dieser Hirten-völker erlaubt folgende Kennzeichnung.

Es giebt bei ihnen noch keine Religion. Der Beweis dafür liegt in Ermangelung aller geschichtlichen Denkmäler, darin, daß die Chinesen und Japanesen, die Abstammlinge der Mongolen, ursprünglich noch keine religiösen Begriffe gehabt, und von Staatswegen noch heute keine haben, und daß alle jemals bei mongolischen Völkern vorgefundenen Religionen als Ausartungen späterer Erfindungen sich darstellen, welche anderswo entsprungen sind. Es muß als selbstverständlich gelten, daß Religionen nur entstehen können, wo die Gewohnheit des abstrakten Denkens entwickelt ist; und die mongolischen Ursprachen, soweit deren

*) S. Beilage zum „Vorwärts“ vom 30. Dezbr. 1877.

Beste erhalten sind, zeigen kaum die Anfänge des abstrakten Denkens. Es gibt bei ihnen auch noch keine mannigfachen Rechtsbegriffe. Der einzelne Volkstamm ist eine erweiterte Familie mit gemeinsamen Besitz an Boden und Heerden, gemeinsamer, wenig getheilter Arbeit, gemeinsamen Genuss und wahrscheinlich auch ziemlicher Gleichstellung der Frauen. Die Sklaverei der Kriegsgefangenen kann erst in dem Maße härter geworden sein, als die Eroberungskriege häufiger und durch Vereinigung vieler, vorher unter einander feindseltiger Stämme großartig wurden. Die ganze Gemeinde spricht Recht, und das erwählte Stammeshaupt hat wenig Gewalt, außer wo es zum erobernden Heerführer und Herrscher in fremdem Lande wird. Es herrscht die patriarchalisch-communitarische Verfassung, welche erst nach Unterjochung benachbarter Völker einem Beherrschenden weicht und sich zum sogenannten orientalischen Despotismus ausbildet: der unbedingten Gewalttherrschaft, welche durch den Kriegszustand theilweise eingeschränkt wird und noch wenig Rechtsgewohnheiten kennt.

Aus Berlin.

Ueber die Stellvertretung des Reichskanzlers liegt ein Gesetzentwurf vor, der diese Stellvertretung gänzlich in das Versehen Bismarck's setzt. Zu jeder Zeit kann der Kaiser irgend einen Bundesrathsmittglied mit der Stellvertretung irgend eines Verwaltungszweiges betrauen, zu jeder Zeit aber auch kann der Widerruf geschehen. Die Ernennung geschieht für Behinderungsfälle; fällt es aber plötzlich dem Reichskanzler ein, daß er in irgend einem Reichsamte bei einem speziellen Falle die Fühlung selbst ergreifen will, so kann er dies. Genau dasselbe Verhältnis gestaltet sich bei der Ernennung eines Vizekanzlers. Sämtliche Stellvertreter werden lediglich, um das Bismarck'sche Wort zu gebrauchen, Commis des Herrn Bismarck sein. Dazu eignen sich allerdings die Nationalliberalen am allerbesten.

Das rothe Gespenst hat am 26. Januar bei Gelegenheit einer Debatte über Petitionen, die die Aufhebung der Kirchengesetze verlangten, im Herrenhause gespielt. Kleist-Rehnow bestreute die Petitionen aus dem Grunde, weil durch die Drangsalirung der Kirche die Leute vom Christenthum ab und der Sozialdemokratie zugewandt würden. Graf Bülow nannte die Kirche die einzige und beste Waffe gegen die Sozialdemokratie, wie in Frankreich die Kapuziner die einzige Waffe gegen die Communards seien. Graf Krawrow erklärte, daß einzig und allein die sozialdemokratische Partei in dem Culturkampf ihre Rechnung gefunden habe. Darauf berief man eine Petition wegen der Sonntagseisung. Kleist-Rehnow nannte es geradezu beschämend, daß man den Sozialdemokraten es überlassen habe, die Forderung der Sonntagseisung geltend zu machen, und Graf Krawrow erklärte wiederum, daß man durch die Sonntagseisung das Christenthum schädige, wodurch einzig die Sozialdemokratie gewinnen. Wenn man so diese traurigen „christlichen“ Junker launetiren hört, so wird man von Ekel erfaßt; nicht des Christenthums halber soll das Christenthum aufrecht erhalten werden, sondern um die politische Machtstellung der Besitzenden zu bewahren. Dies wird ausdrücklich durch den fortwährenden Hinweis auf die Sozialdemokratie zugestanden. Im Namen der „Religion der Liebe“ predigt man Haß, im Namen des „Erbbüßers“ schmiedet man Ketten. Keine Christen!

Ja, nette Christen! Es war kurz vor Weihnachten v. J. als ein Prediger bei der heiligen Nazareth-Kirche an drei aufeinander folgenden Sonntagen die Unversöhnlichkeit besaß, gelegentlich mehrerer Tausen zu den anwesenden Taufzeugen ausdrücklich zu sagen, man solle ihm (dem Herrn Pastor) seine Pfennige in die „Opferbüchse“ legen, das wäre mit seiner Würde unvereinbar; denn er wäre kein „Almosen-Empfänger“. Einem Hausknecht biete man nicht einmal ein Pfennig an. Das Geld aus der „Opferbüchse“ empfängt bei solchen Gelegenheiten der Pfarrer selbst. Es geht doch nichts über die christliche Verschamtheit und über die priesterliche Würde.

Am 25. Januar hielt die Partei Grüneberg-Stöcker wiederum eine pietistische Volksversammlung ab, in welcher sie auf „Kenschenfänger“ ausging. Sie hat aber schlechte Geschäfte gemacht. Wenigstens machte sie dadurch, daß er den Deuchleien die Kranten abzog, recht verdient. Die Versammlung diente schließlich dazu, die Austrittserklärungen aus der Kirche zu vermehren.

Nach einer offiziellen Mitteilung soll der Kaiser aufs empfindlichste berührt sein durch die letzten Volksversammlungen unserer Partei, in welchen der Massenaustritt aus der Landeskirche beschlossen wurde; er soll dieser Mißstimmung wiederholt Ausdruck gegeben haben. Schade, daß man nicht angiebt, was der Kaiser gesagt hat. Ueber das Vorgehen der Sozialdemokratie konnte er sich doch nicht wundern; er mußte ihre Stellung zur Kirche längst kennen. Wahrscheinlich aber wird er ungnädig

„Ein revolutionäres Schriftstück.“

Unter diesem Titel veröffentlicht der „Hamburger Correspondent“ ein ihm aus Odessa zugegangenes „revolutionäres Flugblatt“, das dort circulirt und von der Polizei eifriger als erfolgreich gesucht sein soll. Es trägt die Ueberschrift: „Aufruf der Gesellschaft zur nationalen Befreiung an alle ehrlichen Leute in Rußland“ und lautet:

Es naht die Stunde der nationalen Auferstehung, die Stunde einer offenen Waffenerhebung und die Stunde einer radikalen Aenderung jenes Zustandes der Dinge, unter welchem wir leuchten. Die Ketten unseres vielhundertjährigen Slaventhums, sie lösen sich, und schon sind sie bis auf einen Punkt abgebraucht, wo es nur mehr einer einzigen und energischen Anstrengung unsererseits bedarf, um sie vollends zu zerbrechen zu lassen. Die Ereignisse des heurigen Sommers auf den Kriegsschauplätzen, ebenso wie die Verhältnisse, welche noch immer bei unserer Armee herrschen, haben die Illusionen der Aengstlichen und der Schwachen gründlich zerstreut. Bis zu diesem Augenblicke konnten sie noch an die Kraft und an die Solidität der Regierung glauben, die uns drückt. Jetzt muß sich dieser Glaube ohne Wiederkehr verflüchtigt haben, denn die vollständige Schwäche und die absolute Ohnmacht der Regierung sind klar dargelegt. Das despotische Tyrannenwesen zeigt sich ganz und gar unfähig, Rußland vor dem allgemeinen Elende und vor dem allgemeinen Ruin zu bewahren. Weder kann es das Kaiserreich aus dem politischen und finanziellen Falliment retten, welche dasselbe bedrohen, noch kann es die Böller von den Bampyren befreien, so da unser Blut ausfließen; ebenso wenig ist der Despotismus endlich im Stande, fernherhin den Ausbruch jener Unzufriedenheit zu verhindern, welche von allen Seiten laut wird. Können wir im Anblicke dieser Ohnmacht, in der Erkenntnis dieser Symptome einer allgemeinen Fehlung des russischen Despotismus, können wir endlich im Hinblick auf die ökonomischen und politischen Gefahren auch in Zukunft noch geduldig bleiben wie Asinthiere, süßsam wie Schafe unter den Schlägen unserer Henker?

die nächste Veranlassung: die ungeschickte Propaganda seines Hospredigers aufgenommen haben. Das würde mir übrigens recht leid thun, schon deshalb, weil dann die schönen christlich-sozialen Versammlungen, in denen man soviel Vergnügen hat, aufhörten.

Die Fortschrittspartei sinkt immer tiefer. Am 25. Januar fand im Mundischen Lokale eine sehr mächtig besuchte Versammlung des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei im dritten Berliner Reichstagswahlkreise statt, in welcher Herr Souden-Tarpusch, einer der Fortschrittsmänner, welche noch am Besten nach Links gehen, eine Rede über die innere Krisis hielt. Er nannte es eine Verhängnis, daß der Fortschrittspartei unterworfen würde, daß sie in Wahrheit eine „parlamentarische Regierung“ wolle; sie verleihe darunter nicht eine Regierung des Parlaments, sondern eine Regierung des Königs und des Ministeriums, welche dem Parlamente den verfassungsmäßigen Einfluß gönne. Also ist Herr Souden vollständig mit den jetzigen Verfassungen zufrieden! „D steht mir doch die Krüge, fatten Leute.“ Die Fortschrittspartei, meinte der Redner, sei nicht destruktiv, sie erkenne an, daß die Regierung eine starke Exekutivgewalt haben müsse. So, so! Viel Militär, viel Gendarmen, strenge Staatsanwälte, strenge Gerichte, zahlreiche Justizhäuser — es geht doch nichts über den Fortschritt. Auf eine Anfrage, wie sich die Fortschrittspartei zu einer eventuellen Bekehrung des allgemeinen gleichen Wahlrechts stellen werde, antwortete Herr von Souden echt haarmännlich, daß er darauf keine Antwort geben könne, weil die Fortschrittspartei darüber noch nicht verhandelt und dazu Stellung genommen habe. Ein! Also darüber muß man erst in der Fortschrittspartei verhandeln. Und diese Gesellschaft will dem alten Wald: ein Denkmal setzen. Im Grabe wird sich der Alte umdrehen.

Sozialpolitische Uebersicht.

Die Situation gestaltet sich immer bedrohlicher; der Waffenstillstand ist noch nicht abgeschlossen, die russischen Truppen rücken ununterbrochen vor — Oesterreich hat, das steht jetzt zweifellos fest, gegen jede Abänderung des Pariser Friedens, zu der die Signatarmächte nicht ihre Zustimmung gegeben, Protest erhoben, und die englische Regierung besteht auf ihrer Geldforderung für Kriegsvorbereitungszwecke. Ein Fank in das Pulverfaß, und wir haben den europäischen Krieg.

Die russischen Friedensbedingungen, so wie sie vertrawlich — nicht amtlich — der englischen Regierung mitgeteilt worden, sind nach dem vom Schatzkanzler Northcote im Parlament gemachten Angaben: Bulgarien solle, so weit die bulgarische Nationalität reiche, jedoch in keinem geringeren Umfang als die Konstantinopeler Konferenz bestimmt habe, ein autonomer Tributärstaat (von der Türkei thatsächlich unabhängiger und nur zum Schein noch Tribut an die Pforte zahlender Staat, wie bisher Serbien und Rumänien, und mit denselben Hintergedanken) sein unter einem christlichen Gouverneur; die türkischen Truppen sollten sämtlich nach noch näher zu bestimmenden Punkten zurückgezogen werden; Montenegro solle unabhängig werden und einen dem militärischen Status quo entsprechenden Gebietszuwachs erhalten, für welchen die Bestimmung der Grenze vorbehalten bleibe; ferner solle Rumänien unter ausdauernder territorialer Entscheidung, sowie Serbien mit einer entsprechenden Grenzberichtigung volle Unabhängigkeit erhalten; Bosnien und der Herzegowina sollten ähnliche Reformen wie anderen christlichen Provinzen der Türkei gemährt werden; die von der Pforte zu gewährende Kriegsschadung solle in Geld, Pänderruzwachs oder anderm Äquivalente bestehen und späterer Feststellung vorbehalten sein; endlich solle ein Einvernehmen hergestellt werden, wodurch Rußlands Interessen an der Durchfahrt durch die Dardanellen Rechnung getragen werde.

Fast komisch nimmt es sich aus, wenn Northcote diese Bedingungen „weitgehende“ nennt. Sie gehen der Türkei an's Leben, und sind, wie der englische Volschaster in Konstantinopel telegraphirte, „gleichbedeutend mit Vernichtung der europäischen Türkei“. Freilich, sein „Chrenwort“, keine Eroberungen machen zu wollen, hält „Väterchen“ — nimmt bloß Hauptstädte, die zurückgegeben werden, wenn die Türkei Kriegsschadigungen bezahlt — die sie natürlich niemals bezahlen kann, wofür „Väterchen“ durch seine Friedensbedingungen gesorgt hat, falls dies noch nötig gewesen.

Wie der Staat dem Nothstand zu Hilfe kommt. In einer der letzten Sitzungen des preussischen Abgeordnetenhanfes wurde konstatiert, daß in Suhl auf dem Thüringer Wald der Nothstand sehr groß sei. Bei einer kürzlich stattgehabten Inspektionsreise des Regierungspräsidenten habe sich herausgestellt, daß bei einer Einwohnerzahl von 11,000 nicht weniger als 850 Familienväter völlig arbeits- und ver-

dienstlos seien. Statt aber die dort nothleidende Arbeiterbevölkerung zu berücksichtigen, habe der Staat 700,000 Käufergewehre im Werthe von 20 Millionen Mark in — England bestellt. Der Kriegsminister giebt die Arbeit und das Geld ins Ausland, und der Handelsminister erläßt Verordnungen, die Löhne zu beschneiden, damit das Staatsbudget sich möglichst günstig gestalten. Damit nicht zufrieden, werden in den Staatsverträgen vom Handelsminister beauftragte Statuten für Unterrichtsstellen eingeführt, die darauf hinauslaufen, die Annahme über 35 Jahre alter Arbeiter zu verhindern. Das ist der christliche Staat, der ein „Herz“ für die Arbeiter hat.

zur Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Der „Bionier“ veröffentlicht eine Statistik der deutschen Gewerkschaften, nach welcher 30 verschiedene Gewerkschaftsverbände bestehen, darunter 25 Centralverbindungen sind. Mit Einschluß der nicht aufgeführten Gutmacher beträgt die Mitgliederzahl dieser 26 eigentlichen Gewerkschaften mehr als 50,000 an etwa 1300 Orten. Die Gesamtzahl der Arbeiter dieser Branchen — Lehrlinge eingerechnet — beträgt aber circa zwei Millionen, so daß davon nur 2 1/2 Proz., also von 1000 Arbeitern nur 25 den Gewerkschaften angehören. Nimmt man die Gesamtzahl der männlichen und weiblichen Gehilfen und Gesellen auf rund drei Millionen an, so ergibt sich, daß nur ca. 1 1/2 Proz. aller Gehilfen und Gesellen in Gewerkschaften organisiert sind, und rechnet man hierzu noch die 25,000 Gewerkschaftsmitglieder nach Kirch-Polke, so ist der Prozentsatz 2 1/2, und es kommen somit auf 40 gewerbliche und industrielle Arbeiter einer, welcher einer freien, von staatlicher Kontrolle unabhängigen Organisation angehört.

Die 26 sozialistischen Gewerkschaften repräsentiren 22 Hauptgewerkschaften, denen gegenüber bei den Ortsvereinen nur 14 stehen. Folgende Branchen befinden sich noch ohne jede Organisation: Papierfabrikation, Talg- und Seifenfabriken, Mühlen, Bäckereien, Metzgereien, Brauereien und Brennereien, Barbiergeschäfte, Geschäfte der Dachdecker und Schornsteinfeger, Kunst- und Handelsgärtnereien, Schlächtereien. Was aber überhaupt fehlt, d. h. am meisten vermisst wird, ist eine stark organisierte unter den Fabrikarbeitern einer- und den Landarbeitern anderer-

Die ältesten und stärksten Organisationen sind die der Buchdrucker, Schiffszimmerer und Tabakarbeiter. — Der Ueberschuß, welcher sich bei den 26 Gewerkschaften nach der Bilanz ergibt, beträgt circa 8000 Mark, wovon auf die Buchdrucker allein 3588 Mark entfallen, womit erwiesen ist, daß die übrigen 25 zusammen nur 4500 Mark monatlich (eine also kaum 180 Mark erbringen). — Gewerbliche Hilfskassen bestehen 16, Invalidenunterstützung zahlen nur 5 Kassen. — Keine Unterstützung zahlen 17 Gewerkschaften. — Die Verwaltung dieser Gewerkschaften mit 50,000 Mitgliedern kostet 2109 Mark monatlich.

Die gewerbliche Presse zählte 1877 fünfzehn Organe mit zusammen 37,000 Abonnenten. Eines dieser Blätter erscheint vierteljährlich 39 Mal, acht erscheinen 13 Mal, vier 6 Mal und zwei nur 3 Mal. Von den angegebenen Abonnenten entfallen auf den „Bionier“ 9350, „Volschaster“ 7100, „Banner“ 4000, „Fortschritt“ 2900, „Correspondent für Buchdrucker“ 2500, „Werk“ 2100, was eine Gesamtsumme von 27,900 ergibt, während die übrig bleibenden 9100 Exemplare sich auf 9 Blätter vertheilen. Die Summe der Kosten für jede einzelne Nummer sämtlicher Blätter zusammen beträgt 1200 Mark, was pro Exemplar etwas mehr als 3 Pf. ausmacht.

zur Arbeiterbewegung in Frankreich. Am 28. Januar ist in Lyon der schon seit längerer Zeit projectierte französische Arbeitercongress eröffnet worden. Die Theilnahme ist eine starke und stehen zur Verathung folgende Punkte: 1) die Arbeit der Frauen; 2) die Syndikalismen und Affoziationen; 3) die industriellen Krisen und der Arbeitsmangel; 4) die Erziehung, der professionelle Unterricht und die Vorsehung; 5) die direkte Vertretung des Proletariats im Parlament; 6) Pensionskassen für das Alter und die Invaliden der Arbeiter; 7) die landwirthschaftliche Arbeit und die Beziehungen der Arbeiter der Städte zu denen des ländlichen Landes; 8) das Bagabundiren und die Sitten in den Fabrikgegenden; 9) die Rütze der Proulhommes.

Die portugiesischen Sozialisten, deren internationalbrüderliche Aufzügen an die Arbeitercongreffe in Gotha und Gent unseren Lesern bekannt sind, fahren fort energisch an ihrer Organisation zu arbeiten und ihre Prinzipien auszubreiten. Soeben geht uns eine Aufschrift des „Centralraths der sozialistischen Partei Portugals“ zu, aus welcher erhellt, daß auf den 1., 2., 3. und 4. Februar ein Sozialistencongress nach Porto ausgeschrieben ist. Die uns übermittelte Tagesordnung zeigt, welche wichtige Fragen auf diesem Congress (dem

einige Duzende hoher Beamten und Spelanten zu ernähren? Kann es einen einzigen ehrlichen Mann geben, der die Nähe zu der Erklärung fände, daß ihm ganz und gar kein Bedürfnis innemohne, von den primitivsten Menschenrechten Gebrauch zu machen, von der Freiheit des Gedankens, von der Freiheit des Wortes, von der Freiheit, die eigenen Handlungen nach eigenem Ermessen zu leiten? Kann es einen einzigen Mann geben, der da zu sagen vermöchte, der Abgang aller dieser Rechte rufe in ihm gar keine Unzufriedenheit, gar keine Verzweiflung, nicht einmal einen moralischen Protest hervor?

Nein, wir Alle fühlen die Schmach und die Erniedrigung unserer Lage, brennender Sehnsucht voll wollen wir die Freiheit für die ganze Nation und um unser Verlangen zu erfüllen, werden wir uns Alle in den Reihen der Gesellschaft zur nationalen Befreiung zusammenfinden.

Unter der Fahne dieser Befreiung schicken wir uns an, die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes zurückzugewinnen, Millionen von Bürgern die Rechte zurückzugeben, die man ihnen entrißen hat, — unter dieser Fahne endlich schicken wir uns an, eine neue Aera der Geschichte Rußlands zu inauguiren, eine Aera unter deren mildem Szepter der Despotismus und die Ausbeutung des Volkes gebrochen werden sollen. Nur der Geist der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit soll diese neue Aera beleben.

Und so lebe denn die russische Freiheit!

Eine frivole Notiz. In verschiedenen liberalen Lokalblättern finden wir wörtlich folgende Notiz: Die Zahl der sechsten Handwerkerstellen und Buchfesseln ist zur Zeit größer als gewöhnlich. Alle Klagen über Arbeitslosigkeit und Arbeitsmangel, mit wieviel Grund oder Ungrund, ist schwer zu entscheiden. — Wenn die Herren Verleger, die zugleich auch Redactoren meist sind, dies so schwer entscheiden können, so wäre ihnen zu rathen, jetzt einmal vierzehn Tage zur Probe auf die „Walze“ zu gehen, sie würden dann jedenfalls die Entscheidung der Wahrheit gemäß treffen können. Uebrigens ist bei der allgemeinen

zweiten portugiesischen Arbeitercongreß zur Beratung gelangen. Diese Tagesordnung lautet: 1) Bericht des Centralrates (Executive). 2) Bericht des Bundesrates (der Controlbehörde). 3) Die Nothwendigkeit der Vereinigung der verschiedenen sozialistischen Gruppen (Bereine) Portugals zu einer großen politischen und ökonomischen Organisation. 4) Aufstellung eines Programmes und von Statuten für die neue Organisation, oder, für den Fall der Nichtbildung einer solchen, Revision des Programms und Reglements der sozialistischen Partei und der Statuten der Föderation der Arbeiterassoziationen. 5) Periodische Unterstützung des offiziellen Organes (O Protesto) seitens der sozialistischen Partei. 6) Beitritt der sozialistischen Partei Portugals zum allgemeinen Bund der sozialistischen Partei (auf dem Generalcongreß gegründet) und Vertretung auf dem Congreß dieses Bundes im Jahre 1878. 7) Stellung der portugiesischen Sozialisten bei den Parlaments-Wahlen des Jahres 1878. 8) Nutzen und Schaden der Zulassung der Maschinen in der Industrie. 9) Nutzen des allgemeinen Stimmrechts und die Mittel, welche zu erlangen sind, um dasselbe zu erlangen. 10) Ueber den Civilstand (Emanzipation von der Weiblichkeit auf allen Gebieten des bürgerlichen Lebens). 11) Zweckmäßigkeit der Errichtung von Produktivgenossenschaften. 12) Ueber den Volksunterricht. 13) Sozialistische Propaganda im Süden Portugals. 14) Festsetzung des nächstjährigen Congresses. 15) Wahl der Mitglieder des Central- und Bundesrates und der Site beider. Am 1. Februar Morgens werden die Delegirten sich zunächst zur Mandatprüfung ver sammeln.

Man sieht, der Congreß hat wichtige Aufgaben. Bei der Tüchtigkeit unserer portugiesischen Brüder bezweifeln wir nicht, daß er sie erfüllen, und damit die Sache des Sozialismus in Portugal und überall sonst wesentlich fördern wird.

Etwasige Zuschriften an den Congreß sind zu richten an: Ermelindo Antonio Martino, Rua dos Cavalheiros 152, Porto, Portugal.

— Eine Fälschung. Das Organ der Brockhaus'schen Buchhandlung, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, schreibt in ihrer Nummer vom vorigen Donnerstag:

„Daß die Sozialdemokratie über das Erscheinen der kürzlich in deutscher und französischer Sprache veröffentlichten Broschüre: „Eine Liebesepiſode aus dem Leben Ferdinand Lassalle's“ (Leipzig, B. A. Brockhaus), nicht sehr erfreut sein würde, war vorauszusetzen, da der von ihr so gefeierte Arbeiterführer darin vielfach in ganz anderem Dichte erscheint, als sie es wünschte. Nachdem sie die Broschüre bei dem Aufsehen, das diese bei Freund und Feind wie in ganz unbetheiligten Kreisen erregt hat, nicht mehr ignoriren kann, verfällt sie auf den komischen, aber originellen Ausweg, die Broschüre einfach für eine „Fälschung“ zu erklären. Mit dürren Worten oder vielmehr mit der üblichen sozialdemokratischen Grobheit und Annahme spricht dies der „Vorwärts“, das „Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands“, aus, indem er es nur für unbegreiflich erklärt, wie eine so renommirte Verlagsbuchhandlung sich zu diesem „eben so skandalösen als plumpen Schwindel“ habe hergeben können. Im Namen dieser Verlagsbuchhandlung können wir mittheilen, daß sie sich selbstverständlich erst von der Authentizität der den Hauptinhalt der Broschüre bildenden Briefe Lassalle's überzeuge, bevor sie den Verlag derselben übernahm, ja daß sie selbst den vollen Namen der Dame, an welche die Briefe gerichtet sind, kennt. Daß der Herausgeber für seine Heldin keinen anderen Vornamen als Sophie (auch Vornamen der Gräfin Hayfeldt) finden konnte, ist allerdings richtig; nur ist das nicht die Schuld seiner „Geistesarmuth“, sondern — der Kellern der Dame, die ihr diesen Namen gab.“

Wir haben auf dieses Geschreibsel nichts anderes zu erklären als: Herr Brockhaus möge die angeblichen Briefe Lassalle's einem Auschuß von competenten Männern, welche die Handschrift Lassalle's kennen, zur Prüfung vorlegen. So lange dies nicht geschieht, halten wir unser Urtheil voll und ganz aufrecht.

— Am 29. Januar verurtheilte der Kriminalsenat des Berliner Kammergerichts in zweiter Instanz unsern Genossen und Redakteur der „Berliner Freien Presse“, Wolf, zu drei Monaten Gefängniß wegen Verstoßes gegen § 131, bezugnehmend durch Veröffentlichung eines Artikels: „Gewalt und Geleß“. Wegen zwei anderen intimirten Artikeln: „Französische Arbeiterdichtungen“ und „Festtage des Proletariats“ erfolgte Freisprechung. Mitangeklagt war Genosse Baumann, der als Redakteur des „Märkischen Volksfreund“ einen der beiden letztgenannten Artikel in dem „M. V.“ aufgenommen hatte; selbsterklärend wurde Baumann auch freigesprochen. Näherer Bericht folgt.

— Gegen den in Untersuchungshaft befindlichen Redakteur der „Berliner Freien Presse“, Genossen Dentler, ist Anklage

kenntniß des Arbeitsmangels obige Bemerkung aberra und dazu angehan, Unterstufungen zurückzuhalten.

— Eine merkwürdige Notiz. Die „Köln. Zeitung“ schreibt: „Gustav Rasch ist Berliner Blätter zufolge in Berlin eingetroffen und hat sich sofort nach Schönberg in die „maison de santé“ des Sanitätsraths Dr. Reinstein begeben. Er ist in Folge eines Schlaganfalls jetzt vollständig gelähmt, so daß seine Verpflegung oder Unterbringung in einem Gefängniß-Lazareth nicht möglich ist, ohne sein Leben zu gefährden.“ — Die „Köln. Zeitung“ muthet doch ihren Lesern viel zu, daß dieselben wissen sollen, weshalb Gustav Rasch in's Gefängniß geschickt werden soll. Was hat der Mann verbrochen, wird Mancher fragen? Deshalb hätte die „Köln. Zeitung“ auch die Güte haben sollen, hinzuzufügen, daß Preßvergehen die Ursache der genannten Verhaftung des Herrn Rasch seien.

— Wade Arbeiter. Vor Kurzem brach auf dem Eise des Nimmelsburger Sees das Kind des Ortsvorstehers Stöcklein zu Stralau (bei Berlin) ein und verschwand unter dem Wasser. Als das Unglück passirte, waren die bei den Eiswägen in Nimmelsburg beschäftigten Arbeiter Martin und Jacob Gischilt, Lampyrol, Baillen und der Schiffer Drecher Augenzeugen desselben. Sie eilten sofort etwa 500 Schritt weit über den nur mit $\frac{1}{4}$ Zoll dicken Eise bedeckten See. Martin Gischilt legte sich auf den Bauch und es gelang ihm den kleinen Stöcklein zu erfassen. Als er aber denselben aus dem Wasser ziehen wollte, brach das Eis unter ihm und auch er fiel hinein. Sein Bruder Jacob reichte ihm einen Bootshaken, an dem sich Martin mit der linken Hand festhielt, in der rechten aber den Knaben, und es gelang so, beide zu retten. Als später der Vater des geretteten Knaben die braven Männer für ihr Rettungswerk durch ein Geldgeschenk belohnen wollte, erklärten diese: „Kein Herr, für Geld wagen wir unser Leben nicht.“

— Das Telephon ist nun der „Daily News“ für die parlamentarische Berichterstattung dienstbar gemacht. Ein Fernsprecher-Apparat ward im englischen Unterhause mit den gewöhnlichen Telegraphen-Drähten, welche das Bureau des Hauses in Bowdrie-Street mit dem Parlamente verbinden (Entfernung $\frac{1}{2}$ Stunde) vereinigt. Die Conversationsen, schreibt das Blatt, waren deutlich hörbar, trotz des Geräusches von den übrigen Drähten, und ein Theil der Parlamentsdebatte ward schon durch dieses neue und interessante Werkzeug gemeldet.“

erhoben wegen 18 verschiedener sogenannter Vergehen; darunter befinden sich allein 4 Majestätsbeleidigungen und eine Anzahl Beleidigungen des Polizeipräsidenten — und das alles in zwei Monaten, während deren Dentler Redakteur der „Berliner Freien Presse“ war.

Eine Erklärung.

Die Herren Professoren Wagner und v. Scheel haben im „Staats-Socialist“ eine Colloquialverklärung veröffentlicht, die wir nachstehend unverfälscht folgen lassen:

Geehrter Herr Redakteur!

Sie fordern uns auf, einen Beitrag zur Verteidigung des „Staats-Socialist“ zu liefern gegen die Angriffe der Presse auf denselben, soweit dadurch unser eigener Standpunkt attackirt wird.

Als Gelehrte, die völlig unabhängig von irgend einem Parteistandpunkt wirtschaftliche und soziale Fragen untersuchen, haben wir nicht die Aufgabe, uns gegen jeden leicht hingeworfenen Zeitungsangriff zu verteidigen. Noch weniger kann sie uns zufallen als Anhänger des Vereins für Sozial-Reform, weil wir uns bisher nicht haben entschließen können, solche zu werden. Als Mitarbeiter des „Staats-Socialist“ aber fühlen wir einige Verpflichtung dazu, weil es nicht nur Ihnen verdacht wird, „radikale Kritiker“ wie uns zur Mitarbeiterschaft aufgefordert, sondern auch uns, dieselbe angenommen zu haben.

Wir wollen deshalb im beiderseitigen Interesse darthun, was uns an jenen Angriffen unrichtig scheint.

Unser Standpunkt zum „Verein für Sozial-Reform“ ist Ihnen bekannt: Wir halten das Unternehmen nicht für genügend vorbereitet; wir meinen, daß die Monarchie der Stütze eines solchen Vereins nicht bedarf; wir glauben, daß weder die proletarische Weisheit noch die Kirche im Stande sind, in die soziale Bewegung mit dauerndem Erfolg einzugreifen; wir theilen die politischen und religiösen Ansichten, welche im Vorstande vertreten zu sein scheinen, keineswegs.

Indessen dürften uns diese persönlichen Ansichten nicht abhalten, wissenschaftliche Beiträge für das Blatt eines Vereins zu versprechen, der praktisch für eine Idee agitiren will, für die wir seit Jahren theoretisch eingetreten sind: Friedliche soziale Entwicklung durch Reformen im Recht mittelst der Gesetzgebung. Unserer Ansicht nach muß jeder solcher Versuch, der von einer staats- und reichsfreundlichen Seite ausgeht, willkommen geheißen werden. Daß die Unternehmer des Vereins auf diesem Standpunkt stehen, unterliegt doch keinem Zweifel. Selbst wenn bewiesen wäre, daß sie sich einen Nebengewinn für die streng-gläubige kirchliche Richtung versprechen, scheint das kein Grund, ihren Versuch abzulehnen. Vielmehr können die Genossen aller religiösen und politischen Parteien, soweit sie auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung stehen, froh sein, wenn Vertreter irgend einer Richtung, statt sich nur passiv und abwehrend den revolutionären Strömungen gegenüber zu stellen, den Muth zeigen, ihnen die Quelle zu verstopfen, indem sie die unzureichenden Elemente zum Vertrauen in die leitenden Kreise, um diese zu gewissem, ihnen berechtigt und notwendig erscheinendem, Entgegenkommen bewegen.

Die nun die liberalen und ein Theil der conservativen Zeitungen sich solchen Bestrebungen gegenüber verhalten, daß die Sozialreformer als „Radikaler“, „Agrarier“ und dgl. abgethan werden würden, darüber konnten ja von vorherein Zweifel nicht bestehen, weil unsere Zeitungen theils durch ihren Fraktionsstandpunkt zu sehr gebunden sind, theils der Verachtung nicht widerstehen können, sich durch landesübliche Schlagworte mit einer Sache abzufinden, die näheres Nachdenken erfordert und verdient hätte.

Tropfen dürfte es wohl keine Partei, keine Zeitung und keinen zurechnungsfähigen Politiker geben, die sich der Einsicht verschließen, daß die Zustände der sogenannten unteren Klassen unserer heutigen Gesellschaft Versuchen zu materieller und geistiger Hebung weiten Raum bieten, und daß die schaffenden Kräfte im Volk vielfach zweckmäßiger und energischer organisiert werden sollten; und die leugnen zu dürfen glauben, daß die sozialpolitische Stimmung von unten herauf: die Sozialdemokratie einen so breiten und soliden Boden gewonnen hat, daß man sie unmöglich als eine vorübergehende Erscheinung ansehen kann, die ohne Reform oder Revolution wieder verschwinden wird.

Diesen Thatsachen gegenüber kann das Verhalten der besitzenden Klassen entweder dies sein: daß sie sagen, wir verteidigen unsere soziale Stellung und unser Eigentum, wie sie sind, ohne jedes Zugeständniß, so lange es geht. Ob und wann die soziale Revolution kommt, lassen wir dahingestellt, uns wird es wohl noch anhalten. — Dies ist der bequemste Standpunkt, der jedes Nachdenken über soziale Fragen erspart. Auf ihm scheinen die meisten liberalen Zeitungen zu stehen. Oder man sagt: Durch Studium der Volkszustände und entsprechende Reformen, insbesondere auch gesetzgeberische, kann die soziale Revolution vermieden, mindestens aber aufgehalten werden. Dies sollte der Standpunkt der Conservativen sein und ist der in Wahrheit conservativen Standpunkt, der nicht nur augenblickliche Interessen, sondern eine ruhige Entwicklung im Auge hat.

Wir glauben den letzteren vorziehen zu sollen, möge man ihn „sozialistisch“ nennen oder nicht.

Freilich sind wir uns dabei sehr wohl bewußt, daß wir zwar eine Anzahl wichtiger einzelner Punkte, wie z. B. die Regelung des Verhältnisses von Unternehmer und Arbeiter, Reformen im Steuerwesen, Ausdehnung des öffentlichen Eigentums, aufweisen können, wo mit der Reform anzusetzen wäre, daß uns aber ein die ganze Volkswirtschaft umfassende Reformplan fehlt. Ob dies ein Mangel ist, bleibe dahingestellt; jedenfalls aber müssen sich die Angreifer dieses Mangels in mindestens demselben Maße zeihen, und die zeitgenössischen Nationalökonomien und Politiker insgesammt theilen ihn.

Soll man sich aber deswegen nicht über ein paar nächstliegende Mittel zweifelhafter oder unzureichender Wirksamkeit, wie Genossenschaften, Gewerkschaften, Regelung des Verhältnisses, humane Fabrikeinrichtungen u. dgl. hinauswagen und nur diese angeblich „sicheren Wege“ betreten, ohne zu untersuchen, auf welche „fernere Ziele“ man eigentlich lossteuert? Wir sind dieser Ansicht nicht; sondern wir suchen mit unserer „radikalen Kritik“ diejenigen Punkte, wo mit Reformen und entsprechenden höheren Ideen anzusetzen sein möchte.

Für solche Untersuchung sind nun aber gewisse Grundgedanken unzuverlässig vorgezeichnet, die seit der französischen Revolution die leitenden des Liberalismus waren, und sich zusammenfassen lassen in den Worten: Verallgemeinerung von Freiheit und Eigentum.

Die erste soziale Frage lautet also: wie ist die wirtschaftliche Freiheit zu verallgemeinern? Dies heißt aber: heut nicht mehr: wie ist formell die wirtschaftliche Selbstbestimmung zu sichern? — dies ist schon errungen; sondern: wie ist thätlich immer weiteren Volkstheilen die Sicherheit und Selbständigkeit der wirtschaftlichen Existenz zu verschaffen?

Die zweite soziale Grundfrage lautet: wie ist das Eigentum zu verallgemeinern, d. h. ein immer größerer Theil des Volks sei es in Form des Privateigentums, sei es in Form des Staats-, Gemeinde- u. s. w. Eigentums am Besitz des Bodens und des beweglichen Produktionskapitals zu theilhaben.

Dies ist der Boden für wirksame soziale Reformen und dort liegen die gesellschaftlichen Probleme, welche in immer neuen Formen auftreten und Lösung fordern.

In der jüngst vergangenen Periode der Geschichte, in der Epoche der französischen Revolution ist ein mächtiges Stück der Lösung für unsere moderne Gesellschaft geschehen. In der Gegenwart macht die rasche und großartige Entfaltung der technischen Kräfte die sozialen Fragen zu brennenden und läßt eine ungleich raschere Entwicklung derselben voraussehen wie in früheren Zeiten. Ihnen gegenüber dürfen heute die Fragen der „Politik“ als weniger bedeutend angesehen werden; die Spaltungen der Parteien wegen der Formen der staatlichen Organisation, die Aufwindungen von Kraft für diese in Fraktionen und Zeitungen erscheinen fast als Luxus, den sich die Gesellschaft kaum gestatten darf.

Wenn aber diese Parteien und Zeitungen, ohne selbst irgend Etwas, geschweige denn etwas Besseres angeben können, einen Versuch, jene Probleme zu lösen, der von irgend einer ehrlichen Seite herkommt, zurückstoßen, so vernachlässigen sie damit die gemeinsamen conservativen Interessen der Gebildeten und Besitzenden und stellen sich auf jenen vorhin gekennzeichneten Standpunkt, der es darauf ankommen läßt, wie lange es noch so weiter geht und was das Resultat des schließlichen Kampfes sein wird.

Kann man mit der Art, wie der „Verein für Sozial-Reform“ eingeführt wurde, nicht einverstanden sein, ihn zurückzuweisen halten wir im Interesse der Gebildeten und Besitzenden wie im Interesse der friedlichen sozialen Entwicklung für unrichtig und unzulässig, und trotz der Voransicht, auf wenig Verständnis und viele Mißverständnisse zu stoßen, glauben wir die gewünschte Mitarbeiterschaft am „Staats-Socialist“ nicht ablehnen zu dürfen, welche aufzugeben uns nicht schwer werden wird, falls sie der Verbreitung des Blattes hinderlich sein sollte.

Mit größter Hochachtung
Dr. H. v. Scheel. Dr. Adolf Wagner.

Berlin, den 15. Januar 1878.

Man sieht, die beiden Herren erwarten nicht viel von dem „Staats-Socialist“ und dessen gemischter Gesellschaft. Allein wir glauben, daß sie noch immer zu viel erwarten — insofern das ist ihre Sache.

Das Schreiben bedarf sonst keines Commentars. Das was es zugiebt genügt, um das, was es nicht zugiebt, als notwendige Consequenz erkennen zu lassen. Vielleicht werden die Herren von Scheel und Wagner noch dazu kommen, diese Consequenzen auszusprechen. Jadedoch auch das ist ihre Sache.

Herrn Tessendorf möchten wir zum Schluß auf die von zwei königlich preussischen Professoren gestellte Alternative der Reform oder Revolution aufmerksam machen. Wird er, wie gegen Wolf ein oder anderthalb Jährchen Plözenssee beantragen? Und die Berliner Stadtrichter, die in ihrem famosen Erkenntniß gegen Wolf das: „Reform oder Revolution“ für so strafbar erachteten, was sagen sie jetzt? —

Correspondenzen.

Breslau. Am Sonnabend, den 26. Januar d. J., feierte der hiesige Arbeiterverein im Springer'schen Saale sein erstes Stiftungsfest, welches von 1600 Personen besucht war. Ein reichhaltiges Programm, bestehend in Vokal- und Instrumental-Concert und declamatorischen Vorträgen, wurde in allen Theilen aufs Prompteste ausgeführt, so daß mehrere Blicke wiederholt werden mußten. Unter Anderem gelangte auch die „Arbeiter-Marseillaise“ zum Vortrag, gesungen vom hiesigen Männergesangsverein „Liberté“. Am Schluß des Festes wurde auf die Sozialdemokratie ein Hoch ausgebracht und kann wohl behauptet werden, daß das Fest unserer Partei wesentliche Dienste geleistet hat.

Liegnitz. Am 20. Januar fand hier eine von 500 Personen besuchte Volksversammlung statt, in welcher Herr Rag Schlesinger aus Breslau referirte. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt: „Die Stellung des deutschen Volkes zur Orientpolitik des Fürsten Bismarck.“ Redner weist darauf hin, daß, würden die Donauländer von Seiten Russlands annektirt, dies sehr traurige Folgen haben würde für die deutsche Industrie, indem Rußland schutzjöllnerisch sei. Auch weist der Redner die Behauptungen liberaler Zeitungen zurück, daß die deutsche Sozialdemokratie Sympathien hege für die Türkei. Angeblich habe Rußland den Krieg begonnen zur Befreiung der Christen, jedoch könne man das nur als Phrase betrachten. Das russische Volk habe noch keine Verfassung, was der Kaiser sagt, ist Geseh. Pflicht im Großstaaten wäre es gewesen, den Krieg zu verhindern im Interesse der ganzen Menschheit. Redner verliest darauf eine von ihm selbst verfaßte Resolution:

„Die heutige Volksversammlung ist der Ansicht, daß es Aufgabe jedes denkenden Staatsbürgers ist, die politischen Vorgänge genau zu beobachten und seine Ansicht über den Einfluß der jeweiligen Regierungspolitik auf das Wohl der Bevölkerung ungeschwinkt zur Kenntniß der Regierenden zu bringen.“

Aus diesem Grunde hält sie sich für verpflichtet, ihr Urtheil zur russisch-türkischen Frage folgendermaßen auszusprechen:

„Die russische Regierung hat den Krieg gegen die Türkei nicht zur Förderung der Humanität unternommen, sondern zu einem aller Humanität höhnpredenden Zweck, zur Befreiung ihrer Ländergier. Der gegenwärtige Krieg schädigt nicht nur die unmittelbar daran betheiligten Völker, sondern übt seinen vernichtenden Einfluß auch auf die anderen europäischen Staaten aus. Nur im Frieden kann die Wohlfahrt der Völker gedeihen. Es muß also die Aufgabe jeder Regierung, die es mit dem Volke gut meint, sein, Alles zu thun, um die weitere Ausbreitung des orientalischen Krieges zu verhindern, und einen der Billigkeit entsprechenden Friedensschluß herbeizuführen.“

Die heutige Volksversammlung ist daher auch mit dem Vorgehen derjenigen Abgeordneten einverstanden, welche die deutsche Reichsregierung zu einer Aeußerung über ihre Stellung in der orientalischen Frage veranlassen wollen, und sie erklärt alle Abgeordneten ihres Mandats für unwürdig, die einer derartigen Interpellation feig aus dem Wege gehen.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach Beendigung von zehn Minuten ergreift der Redner das Wort

